



Est. 1897

SWV WIEN

125 Jahre
Sozialdemokratischer
Wirtschaftsverband
Wien

Straße der Wiener Wirtschaft
3 Ebene 4B Tür1, 1020 Wien

office@swv.wien
T.+43 (1) 52545

www.swv.wien

ZVR-Nr. 922857015
BAWAG P.S.K
IBAN:AT40 1400 0054 1078 7387

ANTRAG

an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Wien

am 22. November 2022

CO2 Steuer: zusätzliche Belastung tausender EPU und KMU muss sofort gestoppt werden.

Seit mittlerweile einem Jahr sind EPU und KMU mit massiv steigenden Energiepreisen und einer galoppierenden Inflation konfrontiert. Die Folgen sind verheerend. Rohstoffpreise haben sich verdoppelt, Strom – und Gaskosten vervielfacht und die Spritpreise sind bereits in ungeahnten Höhen.

Kein Taxiunternehmer, Kleintransporteur, Handwerker oder Gewerbebetrieb fährt auch nur einen unnötigen Kilometer zu viel. Die betriebswirtschaftliche Logik lässt EPU und KMU schon immer die vorhandenen Energiesparpotentiale in ihren Betrieben voll ausnutzen. Die explodierenden Energiekosten bei Strom, Gas und Treibstoffen können mit Sparpotentialen nicht aufgefangen werden. Die hohen Energiepreise bringen viele Branchen in existenzbedrohliche wirtschaftliche Schwierigkeiten. Bis heute wurden für EPU und KMU keine konkreten entlastenden Maßnahmen für die Zukunft getroffen, damit diese die Kosten bewältigen können. Es fehlt jedwede Planungssicherheit.

Ganz im Gegenteil: am aktuellen Höhepunkt der Inflation bei 11 % führt die Bundesregierung mit der CO2-Belastungssteuer eine weitere massive Verteuerung für die Unternehmer:innen ein.

Anstatt für ein Sinken der Preise zu sorgen, erhöht die Regierung die Preise mit der CO2 Belastungssteuer zusätzlich und beweist einmal mehr, dass es ihr an wirtschaftlichem Sachverstand fehlt. Ideologische Verblendung verteuert Treibstoffe um rund 19 Cent/Liter ab 1.1.2023 und Gas um rund 16 Cent/m3.

Die zusätzliche Belastung durch die CO2-Belastungssteuer wird viele Unternehmen in wirtschaftliche Bedrängnis bringen und die Inflation befeuern.

Der SWV WIEN stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen des Wiener Wirtschaftsparlaments ein, ihn zu unterstützen:

Die Wirtschaftskammer Wien möge sich nachdrücklich für folgende Maßnahmen einsetzen:

- Rückwirkend sofortiger Stopp der mit 1. Oktober 2022 eingeführten CO2-Belastungssteuer
- Aussetzen der CO2-Belastungssteuer bis 2024 nach Vorbild Deutschland

Marcus Arige
Präsident des SWV WIEN